

Zeitschrift für angewandte Chemie.

XIX. Jahrgang.

Heft 46.

16. November 1906.

Alleinige Annahme von Inseraten bei August Scherl, G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstr. 37/41 und Daube & Co., G. m. b. H., Berlin SW 19, Jerusalemstr. 53/54.

sowie in deren Filialen: **Bremen**, Obernstr. 16. **Breslau**, Schweidnitzerstr. 11. **Dresden**, Seestr. 1. **Elberfeld**, Herzogstr. 38. **Frankfurt a. M.**, Kaiserstr. 10. **Halle a. S.**, Große Steinstr. 11. **Hamburg**, Alter Wall 76. **Hannover**, Georgstr. 39. **Kassel**, Obere Königstr. 27. **Köln a. Rh.**, Hohestr. 145. **Leipzig**, Petersstr. 19. **Magdeburg**, Breiteweg 184. **München**, Kaufingerstr. 25 (Domfreiheit). **Nürnberg**, Kaiserstr. Ecke Fleischbrücke. **Straßburg i. E.**, Gießhausgasse 18/22. **Stuttgart**, Königstr. 11. **Wien I**, Graben 28. **Würzburg**, Franziskanergasse 5 $\frac{1}{2}$. **Zürich**, Bahnhofstr. 89.

Der Insertionspreis beträgt pro mm Höhe bei 45 mm Breite (3 gespalten) 15 Pfennige, auf den beiden äußeren Umschlagseiten 20 Pfennige. Bei Wiederholungen tritt entsprechender Rabatt ein, Beilagen werden pro 1000 Stück mit 10.50 M für 5 Gramm Gewicht berechnet; für schwere Beilagen tritt besondere Vereinbarung ein.

I N H A L T:

Ephraim, Karsten u. Wiegand: Zum Entwurf eines neuen schweizerischen Patentgesetzes, nebst einer Resolution des Märkischen Bezirksvereins des Vereins deutscher Chemiker 1921.

F. Rochussen: Fortschritte auf dem Gebiete der Terpene und ätherischen Öle 1926.

G. Lunge: Über die Vorgänge im Gloverturn und in den Bleikammern 1931.

Sitzungsberichte.

Fünfte Versammlung der internat. Kommission für einheitliche Methoden der Zuckeruntersuchung in Bern 1906 1933

Referate:

Anorganisch-chemische Präparate und Großindustrie (Mineralfarben) 1934.

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil:

Tagesgeschichtliche und Handelsrundschau: Neu-York: Säurefabrikation in den Vereinigten Staaten; — Brasilien: Über die Einfuhr von chemischen Erzeugnissen usw. 1944; — Einfuhr von Färberei- und Malereiartikeln, sowie von Parfümerien nach Brasilien; — Vanadiumerz in Peru; — Japan: Rückvergütung der Steuer für Alkohol usw. zu gewerblichen Zwecken; — London: Salzhandel; — Steigerung der englischen Seifenpreise; — Eisenindustrie in England; — Was ist Whiskey? 1945; — Gesetz für Düng- und Futtermittel; — Liverpool: Voraussichtliche höhere Besteuerung des Salpeters in Chile; — Frankreich: Denaturierung von Zucker zur Viehfütterung; — Schwefelproduktion und -ausfuhr Siziliens im Jahre 1905; — Österreichs Eisenproduktion; — Wien; — Prag; — Stockholm 1946; — Brüssel; — Antwerpen; — Basel; — Berlin; — Frankfurt a. M.; — München; — Wiesbaden; — Handelsnotizen 1947; — Dividenden; — Personal- und Hochschulnachrichten; — Bücherbesprechungen 1934; — Patentlisten 1950.

Zum Entwurf eines neuen schweizerischen Patentgesetzes¹⁾.

(Eingeg. d. 24./10. 1906.)

Durch das gegenwärtig geltende schweizerische Patentgesetz werden nur solche Erfindungen geschützt, die durch Modell darstellbar sind. Es sind also alle Erfindungen vom Schutz ausgeschlossen, die in einem Verfahren bestehen, und zu denen naturgemäß in erster Linie der größte Teil der Erfindungen aus dem Gebiete der chemischen Industrie gehört. Schon seit längerer Zeit sind vom Auslande her Anstrengungen gemacht worden, die Schweiz zu einer Änderung dieses Patentgesetzes zu veranlassen, um den jetzigen Zustand aufzuheben, bei dem die hoch entwickelte Schweizer Industrie imstande ist, ausländische, namentlich chemische Erfindungen für sich auszunutzen, ohne dem Urheber der Erfindung bzw. dessen Rechtsnachfolger irgend eine Gebühr zu entrichten.

Insbesondere ist auch bei dem vor einiger Zeit erfolgten Abschluß eines neuen Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz ausdrücklich vereinbart worden, daß das Deutsche

Reich berechtigt sein soll, Teerfarbstoffe, die an sich nach dem Verträge Zollfreiheit genießen, mit einem Zoll zu belegen, wenn nicht bis zum 31./12. 1907 das schweizerische Patentgesetz derart geändert wird, daß „Artikel solcher oder ähnlicher Art oder das Verfahren ihrer Herstellung bei Neuheit der Erfindung patentierbar sind“.

Nachdem zunächst die erforderliche Abänderung der schweizerischen Bundesverfassung vorgenommen war, die bisher dem Bund nur die Kompetenz für den Erlass eines Gesetzes über den Schutz durch Modell darstellbarer Erfindungen gab, hat jetzt der schweizerische Bundesrat, nachdem er eingehende Vorarbeiten vorgenommen, mit der Botschaft vom 17./7. 1906 der Bundesversammlung den Entwurf eines neuen Bundesgesetzes betreffend die Erfindungspatente vorgelegt, in dem die Bedingung der Darstellbarkeit durch Modell fallen gelassen ist. Die Botschaft beginnt mit einer allgemeinen Motivierung des Gesetzes, um dann auf die einzelnen Artikel näher einzugehen.

Das neue Schweizer Gesetz ist unstreitig ein Interessengesetz, das die ganz besonders den Erfindungspatenten widerstrebenden Interessen gewisser Schweizer Industriekreise den weitergehenden Anforderungen der Erfinder gegenüber, also auch der ausländischen Erfinder, weichen sollte. Die Botschaft spricht sich ganz offen darüber aus, wie man den Anträgen der schweizerischen Interessenkreise in vollem Umfange nachgekommen sei, soweit sich die Anträge nicht direkt widersprachen; im letzteren Falle hat man anscheinend den Ausweg gewählt, daß man der größeren oder besser organisierten Gruppe, die ihren Wünschen den nötigen Nachdruck zu verleihen wußte, nachgab.

¹⁾ Dieser Schriftsatz wurde auf Grund des von Herrn Dr. Wiegand im Märkischen Bezirksverein gehaltenen Vortrags von einer vom genannten Bezirksverein eingesetzten Kommission, welcher die Herren Patentanwälte Dr. Ephraim, Dr. Karsten und Dr. Wiegand angehören, bearbeitet; er enthält eine Nebeneinanderstellung der Ansichten dieser drei Herren, und es wird bezügl. des von jedem dieser Herren im einzelnen vertretenen Standpunkts auf deren weiter unten angeführte Veröffentlichung über den gleichen Gegenstand verwiesen.

Der Gesetzentwurf überrascht durch eine Anzahl von Grundsätzen und Bestimmungen, für die sich kaum Vorbilder in den Patentgesetzbestimmungen anderer Länder finden. Das neue Patentgesetz würde, wenn dieser Entwurf die Billigung der zuständigen Stellen findet, ein Experiment bedeuten, dessen Ausgang schwer vorher zu bestimmen ist, wenn auch Befürchtungen der verschiedensten Art über einen zufriedenstellenden Ausgang nicht unterdrückt werden können.

Man wird aus allgemeinen Gründen den sich aus der Vorgeschichte ergebenden Besonderheiten des neuen Schweizer Gesetzes widersprechen müssen und muß dies vom Standpunkt der Vertretung der berechtigten Interessen der deutschen Industrie, besonders der deutschen chemischen Industrie, ganz besonders tun. Aber selbst wenn man hiervon ganz absehen wollte und sich ganz auf den im Gesetz ausgedrückten Standpunkt stellt, der die Wünsche gewisser Gruppen der Schweizer Industrie ohne Rücksicht auf andere, vielleicht berechnete Interessen in Gesetzesform faßt, so muß man erhebliche Bedenken gegen die gewählte Fassung aus rein patentrechtlichen und patenttechnischen Gründen äußern. Das Gesetz enthält so zahlreiche engherzige und komplizierte Bestimmungen, daß die größten Schwierigkeiten für den Patentanmelder und Patentinhaber entstehen müssen, sei dieser nun Ausländer oder Schweizer. Man kann geradezu erklären, daß kein neueres Patentgesetz so schwierig zu handhabende Bestimmungen enthält, wie der Schweizer Entwurf.

Im nachstehenden sollen besonders bemerkenswerte Einzelheiten des Entwurfes in der Reihenfolge der Gesetzesparagraphen angeführt werden.

Nach Artikel 1 sollen neue, gewerblich verwertbare Erfindungen den Urhebern oder ihren Rechtsnachfolgern durch Patent geschützt werden. Von der Patentierung sind ausgeschlossen Erfindungen, deren Verwertung den Gesetzen oder den guten Sitten zuwiderlaufen würde, wie dies selbstverständlich ist.

Weiter werden Erfindungen von chemischen Stoffen und von Verfahren zu ihrer Herstellung, so weit als diese Stoffe zu Heil- oder Nährzwecken dienen, ausgenommen (Ziffer 2). Wie auch aus den Motiven ersichtlich, sollen Verfahren zur Herstellung von chemischen Stoffen, welche sowohl zu Heil- und Nährzwecken, als auch zu technischen Zwecken dienen können, patentfähig sein. Das erteilte Patent ist aber nur insoweit gültig, als der fragliche Stoff nicht zu Heil- oder Nährzwecken dienen soll. Ob es auf Grund dieser Bestimmungen überhaupt möglich sein wird, einen Patentverletzer zu fassen, erscheint höchst zweifelhaft. Es gibt eine Fülle von Stoffen, die ihre Hauptbedeutung für technische Zwecke besitzen, aber daneben auch als Heilmittel verwendet werden können. Wie will man den einwandfreien Nachweis erbringen, daß in einem besonderen Falle ein Stoff nicht zu Heilzwecken, wie zweifellos immer der Verletzer behaupten wird, sondern zu technischen Zwecken benutzt werden soll? Ferner ist bekanntlich die Definition der Worte „Heil- oder Nährzwecke“ sehr schwer einwandfrei zu geben, das Gesetz enthält keine Definition dafür. Sowohl über den Begriff des Heilzweckes als des Nährzweckes läßt sich

streiten. Sind kosmetische Zwecke noch Heilzwecke, ist es als Heilzweck anzusehen, Krankheiten durch Desinfektion oder Antisepsis vorzubeugen? Geschieht die Aufnahme von phosphorsäuren, kalkhaltigen Präparaten in den menschlichen Körper zu Nährzwecken oder zu Heilzwecken, wenn es sich um die Unterstützung einer guten Knochenbildung im wachsenden jugendlichen Körper handelt? Diese und ähnliche Fragen treten sofort bei der Betrachtung der genannten Bestimmung des neuen Gesetzentwurfs auf, und man sollte meinen, daß bei der Abfassung von neuen Gesetzen zum mindesten über diese bisher sehr strittigen Punkte klare, eindeutige Bestimmungen gewählt werden.

Als fernere Ausnahme von der Patentierung werden Erfindungen von nicht unter Ziffer 2 fallenden pharmazeutischen Präparaten, von Nahrungsmitteln und von Getränken, sowie von Verfahren zu ihrer Zubereitung angegeben. Auch hier ist in erster Linie zu beanstanden, daß die Begriffe „pharmazeutische Präparate, Nahrungsmittel, Zubereitung“ zum mindesten nicht bestimmt sind, und daß sich bekanntlich in der Praxis und Literatur anderer Länder zahlreiche Streitpunkte in bezug auf die ersteren dieser Begriffe ergeben haben, so daß es unstreitig notwendig ist, um Unklarheiten und Zweifel zu beseitigen, eindeutige Bestimmungen in dem Gesetze zu geben.

Der vierte außerordentlich wichtige Ausschußgrund betrifft Erfindungen von Erzeugnissen, welche durch Anwendung von nicht rein mechanischen Verfahren zur Veredelung von rohen oder verarbeiteten Textilfasern jeder Art erhalten werden, sowie von derartigen Veredelungsverfahren, soweit alle diese Erfindungen für die Textilindustrie in Betracht kommen. Also das große Gebiet des Bleichens, Färbens und Druckens von rohen oder verarbeiteten Textilfasern jeder Art wird ohne weiteres von dem Patentschutz ausgesperrt, und zwar darum, wie die Botschaft angibt, weil „die Vertreter der Applikationsindustrie wünschten, daß alle chemischen Verfahren zur Veredelung von Textilfasern jeder Art von der Patentierung ausgeschlossen werden.“

Auch hier ist wieder unklar, was unter „nicht rein mechanisches Verfahren“ fällt. Die Botschaft glaubt allerdings durch den Ausdruck „rein mechanische“ Schwierigkeiten auszuschalten, während es „nicht leicht ist, zwischen chemischen und nicht chemischen Verfahren der Applikationsindustrie zu unterscheiden“. Es fehlt also auch hier eine bindende Definition des Ausdrucks „nicht rein mechanisches Verfahren“, was zweifellos zu Schwierigkeiten führen muß. Es sei nur an den Fall gedacht, daß z. B. irgend welches Textilmaterial mit heißen Walzen behandelt wird. Liegt dann ein „rein mechanisches Verfahren“ vor, oder ist dies nicht mehr der Fall, weil die Anwendung der Wärme wesentlich für das Verfahren ist?

Artikel 3 beschäftigt sich mit dem Patentansprüche und gibt dessen Wortlaut eine Bedeutung, die er kaum nach anderen Patentgesetzen besitzt.

Artikel 4 nimmt dem wenigen, was von Patentschutz für die chemische Industrie überhaupt gewährt wird — das meiste ist ja schon durch die

Ausnahmen ausgeschlossen — noch den Boden unter den Füßen, so daß man wohl sagen kann, praktisch wird durch den neuen schweizerischen Gesetzentwurf der chemischen Erfindung kein Schutz gewährt, denn von dem zu erhaltenden Schutz ist einmal ein überaus großer Teil der Erfindungen von vornherein ausgeschlossen, dann aber ist der Schutz für die zulässigen chemischen Erfindungen so eng, beschränkt und verklausuliert, daß auch hier praktisch von einem Schutz, von Rechten, deren Verteidigung möglich und aussichtsreich ist, überhaupt nicht gesprochen werden kann. Nach Artikel 4 darf ein Patent für eine Erfindung, welche die Herstellung eines chemischen Stoffes zum Gegenstande hat, nur einen einzigen Stoff und nur eine auf ganz bestimmten Ausgangsstoffen fußende Art der Herstellung einbegreifen. Nach der Botschaft sollen hierdurch über die Einheit der zu patentierenden Erfindung im Gegensatz zu dem gegenwärtigen Gesetz in klarer Weise Bestimmungen getroffen werden. Daß durch diese Bestimmungen aber keinesfalls Klarheit, vielmehr die größte Rechtsunsicherheit geschaffen wird und außerdem der Patentschutz für eine weitere Reihe von Erfindungen, also auch für solche, die nicht nach § 1 ausgeschlossen werden sollen, praktisch unmöglich gemacht wird, liegt für jeden mit chemischen Patenten Vertrauten auf der Hand. Denn wenn auch nach Artikel 9 für den Inhaber eines Hauptpatentes die Möglichkeit besteht, Äquivalente für die Ausgangsstoffe des Hauptpatentes durch Zusatzpatente zu schützen, sofern der Endstoff des zweiten Verfahrens in seiner Verwendbarkeit dem Endstoff des ersten ähnlich ist, so hilft dies auch nicht viel. Man denke sich nur den Fall, daß eine ganz homologe Reihe theoretisch ohne weiteres als Äquivalente in Betracht käme, und daß dann der Erfinder also demnach für jedes Glied der homologen Reihe ein Zusatzpatent erwerben muß. Selbst wenn der Erfinder noch so weit mit den Anmeldungen von Zusatzpatenten gehen will, kann die Sachlage eintreten, daß einzelne Homologe zurzeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht kommen, etwa, weil ihr Preis zu hoch ist usw., während später sich dies ändern kann. Das Schweizer Gesetz würde in solchen nicht seltenen Fällen den Patentinhaber schutzlos lassen. Und was heißt „ähnlich“? Was veranlaßt den Gesetzgeber, den bisher in Patentgesetzen anderer Staaten unbekannten Begriff „ähnlich“ zu erfinden und in das Gesetz einzuführen, wo man bisher wohl in allen Staaten große Mühe gehabt hat, den Begriff der „Äquivalente“ überhaupt erst einigermaßen sicher festzulegen, so daß man in bezug auf diese vielleicht einigermaßen mit Aussicht auf Erfolg die Entscheidung der zuständigen Stellen voraussagen kann?

In welcher Weise die zuständigen Schweizer Stellen sich mit diesem Begriffe abfinden werden, wird das Interesse der gesamten internationalen chemischen Industrie erregen.

Nach Artikel 5 soll derjenige, welcher das Erzeugnis eines patentierten Verfahrens vom Patentinhaber erwirbt, berechtigt sein, es gewerbsmäßig zu gebrauchen, wenn nichts anderes vereinbart worden ist.

Wie liegt es aber mit der Berechtigung, das Produkt weiter zu verkaufen? Darf der Zwischen-

händler mangels besonderer Erlaubnis patentierte Produkte, die er vom Patentinhaber erworben hat, an seine Kunden absetzen, wie dies auch sein Geschäft ist, oder nicht?

In Artikel 11 sind die Nichtigkeitsgründe für ein Patent in neun Positionen angeführt. Neben Gründen, die sich auch in anderen Gesetzen wiederfinden, und deren Berechtigung nicht zu bestreiten ist, findet sich auch unter Position 7 die Bestimmung, daß ein Patent als nichtig zu erklären ist, „wenn die Bedingungen des Artikels 4 nicht erfüllt sind“.

Der Artikel 4, der also unter anderem verlangt, daß bei einem chemischen Patent nur ein einziger Stoff und nur eine auf ganz bestimmten Ausgangsstoffen fußende Art der Herstellung angegeben ist, hat also eine solche Bedeutung, daß ein Verstoß hiergegen ohne weiteres das Patent nichtig macht. Ein Verstoß gegen die Vorschrift der Nennung ganz bestimmter Ausgangsstoffe wird sehr von der Auslegung des Begriffes „bestimmt“ abhängen.

Eine Erfindung als Geistesschöpfung ist nicht auf eine minutiöse Vorschrift beschränkt, so wie sie der Arzt für seine Zwecke geben muß. Die moderne Patentrechtslehre ist bemüht, ein Patent sinngemäß aufzufassen und dem Erfinder zu geben, was des Erfinders ist, d. h. ihm das Erfinderrecht so weit zu gewähren, als die in seiner Erfindung enthaltenen Begriffe reichen. In allen Ländern wird ein umfassender Schutz entsprechend dem Umfang der Geistesschöpfung gewährt. Hat jemand ein ganzes Gebiet der Technik durch seine Erfindung erschlossen, so erhält er auf diese seine Erfindung in anderen Staaten ein Patent in dem Umfange, wie es der Erfindung zukommt. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für alle anderen Länder. Nur in der Schweiz will man ihn damit abspesen, ihm ein genaues, enges Rezeptlein zu reservieren, im übrigen aber der Schweizer chemischen Industrie es vollständig freigegeben, die Erfindung zu benutzen, so wie es ihr gut scheint und dieses Vorgehen dann Schutz des geistigen Eigentums und Schutz für chemische Verfahren nennen!

Auch die Position 9 des Artikels 11, das Patent ist für nichtig zu erklären, „wenn der Patentanspruch selbst unter Beiziehung der Beschreibung keine klare Definition der Erfindung ergibt“, ist äußerst engherzig abgefaßt und kann böse Fallen für den Erfinder enthalten.

Bei den unvermeidlichen schwierigen Streitfragen, welche die verschiedenen Ausschlußgründe des Schweizer Patentgesetzes notwendig ergeben müssen, erregt die Art des Erteilungsverfahrens großes Befremden. In Artikel 20, Absatz 1, ist bestimmt, daß die Zurückweisung von Patentgesuchen, welche nach dem Gesetz von der Patentierung ausgeschlossen sind, nach erfolgter Prüfung der Beschreibung ohne weiteres zu erfolgen hat. Ein Zwischenbescheid wird also in einem solchen Falle nicht erlassen. Die Botschaft bemerkt hierzu einfach, daß „dies geboten erscheint“. Man vergegenwärtige sich, daß es sich hier zum großen Teile um neue Begriffe handelt, daß eine ganz neue Gesetzesauslegungstechnik entstehen muß, und man bedenke dann ferner, daß der Gesetzgeber den Schweizer Behörden in vollstän-

dig einseitiger Weise das Recht zuweist, hierüber Normen zu schaffen, ohne daß der andere, der leidende Teil, der Erfinder, sich dazu vor der Zurückweisung seiner Anmeldung äußern kann. Die Schweiz stellt sich hierin also auf ganz gleichen Standpunkt mit Rußland, und es ist interessant, festzustellen, daß in keinem Patentgesetz außer denen von Rußland und der Schweiz in dieser Beziehung die Behörde allein und unumschränkt dem Interessenten, dem Erfinder, die erforderliche authentische Auslegung des Gesetzes praktisch klar machen wird, ohne daß der Erfinder und seine Rechtsbeistände überhaupt in der Lage sind, in der ersten Instanz zu Worte zu kommen. Aus Gründen der Gerechtigkeit muß gegen diese Bestimmung entschieden Verwahrung eingelegt werden.

Das Schweizer Gesetz schreibt nicht einmal vor, daß die Entscheidung des eidgenössischen Amtes mit „Gründen“ versehen sein soll, eine Forderung, die im Interesse einer geordneten Rechtsprechung unerlässlich ist.

Auch das Beschwerdeverfahren kann keinen Ausgleich herbeiführen, denn die Einrichtung des Verfahrens schaltet die Teilnahme des Anmelders aus.

Die Beschwerde geht an das dem Amte vorstehende Departement des Bundesrates, welches „nötigenfalls nach Anhörung von Sachverständigen“ entscheidet. Ob die Anhörung von Sachverständigen nötig ist, wird die Schweizer Behörde entscheiden. Ebenso hat der Anmelder keinen Einfluß auf die für die Erstattung des Gutachtens einflußreiche Fragestellung. Auch auf die Auswahl des Gutachters hat der Anmelder keinen Einfluß, kann also nicht z. B. einen befähigten Sachverständigen ablehnen. Davon, daß dem Anmelder das Wort verstattet sei, ist in dem Gesetz nichts zu finden. Das Schweizer Gesetz gibt dem Anmelder keine Gelegenheit, etwaige Irrtümer oder Mißverständnisse der Sachverständigen zu berichtigen. In den neueren Patentgesetzen steht ein derartiges Verfahren geradezu einzig da. Man kann nicht energisch genug gegen diese Art der Rechtsverkürzung des Anmelders Protest einlegen.

Der Schweizer Gesetzentwurf sieht auch einen Lizenzzwang vor und trifft insbesondere Bestimmungen über das Verhalten des älteren Patentinhabers gegen jüngere Anmelder. Es wird von der Rechtsprechung abhängen, ob diese Bestimmungen, die an sich wiederum eine Beschränkung der Rechte des Patentinhabers darstellen, nicht große Härten herbeiführen. Für die chemische Industrie ist die Sonderbestimmung des Artikels 16, Absatz 3, bedeutungsvoll: „Der Inhaber eines Patentess für ein Verfahren zur Herstellung eines chemischen Stoffes, welcher mit einem anderen Herstellungsverfahren Gegenstand eines älteren Patentess ist, kann von dessen Inhaber nur für den Stoff eine Lizenz beanspruchen. Dieser kann die Erteilung der Lizenz für den Stoff an die Bedingung knüpfen, daß ihm der Lizenznehmer seinerseits eine Lizenz zur Benutzung seines Verfahrens erteile“.

Dem „Nacherfinder“ wird ein Spielraum gelassen, der eine starke Beeinträchtigung des älteren Patentinhabers darstellt. Es ist bei dem Schweizer Gesetz leicht, spätere Patente zu erhalten.

Der Artikel 21 enthält unter anderem eine Bestimmung darüber, daß im Zeitraume zwischen der Anmeldung und der Eintragung eines Patentess der Anmelder beantragen kann, das ursprüngliche Anmeldungsdatum durch ein beliebiges späteres (bis zum Tage der Antragstellung) zu ersetzen. Diese Bestimmung kann auch in die Beziehungen zum Auslande eingreifen, z. B. hinsichtlich der Begründung von Prioritätsrechten auf Grund der Internationalen Union, wenn die erste Anmeldung eine solche in der Schweiz ist. Es muß bestritten werden, daß ausländische Patentämter und Gerichte eine Wirkung dieser Bestimmung anerkennen werden, wenn z. B. die Anmeldung in dem anderen Lande mehr als zwölf Monate nach der ursprünglichen Anmeldung in der Schweiz, aber weniger als zwölf Monate nach dem abgänderten Anmeldungsdatum erfolgt.

Eine der wenigen erfreulichen neuen Bestimmungen des Entwurfs ist die, daß in bezug auf alle, bis zum Beginn des Inkrafttretens des neuen Gesetzes vorhandenen provisorischen Patente und Patentanmeldungen die Sachlage so anzusehen ist, als ob an jenem Tage vollkommene Modelle vorhanden wären. Es wird also dadurch für die Übergangszeit vom Tage des Inkrafttretens an der jedermann lästige, niemand zur Freude dienende Modellnachweis für durch Modell darstellbare Erfindungen fortfallen.

Eines ist bei der Betrachtung und Würdigung des neuen Schweizer Gesetzentwurfs nicht zu übersehen: die Arbeits- und Prüfungspraxis des Schweizer Patentamtes. Obwohl bisher das bestehende Gesetz eine sachliche Prüfung nicht kannte, rief die bisher ausgeübte formelle Prüfung in vielen Fällen die gelinde Verzweiflung der Anmelder und ihrer Vertreter hervor. Ein Anmelder, der im Vertrauen darauf, daß er und sein Vertreter der deutschen Sprache mächtig sind, und daß ein gleiches von den sachlich und formell prüfenden Beamten des deutschen Patentamtes anzunehmen ist, und der im Vertrauen darauf etwa eine Maschine zum Patent in der Schweiz angemeldet und sich dazu einer vom deutschen kaiserlichen Patentamte durchgeprüften und gebilligten Beschreibung bedient hatte, war in der Regel aufs äußerste überrascht, wenn er den ersten Bescheid des Schweizer Patentamtes erhielt. Seine von technischen und juristischen Sachverständigen der verschiedensten Art und Stellung gebilligte Beschreibung hatte zu seinem Entsetzen das Ansehen eines recht schlechten Schüleraufsatzes angenommen, der vom strengen Lehrer korrigiert ist und zurückgereicht wird. Die Beschreibung wimmelte geradezu von rot angestrichenen, dem Schweizer Patentamt anstößigen Stellen und auch von Abänderungsvorschlägen und guten Ratschlägen, wie etwa: „Immer hübsch logisch!“ Diejenigen, die mit dem Schweizer Patentamt bisher zu tun hatten, haben es aufgegeben, die Logik der maßgebenden, deutsch sprechenden Beamten des Schweizer Patentamtes zu erfassen, und haben sich infolgedessen willenlos der Führung dieser Beamten überlassen, aus der in Deutschland gebilligten und dem Anmelder genehmen Beschreibung ein Werk zu machen, das nach der Ansicht des Schweizer Patentamtsbeamten an Logik und sonstigen Erfordernissen den Ansprüchen ent-

sprach. (Ein interessanter Beitrag zu dieser Frage findet sich in der Zeitschrift: „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“ Nr. 7, S. 205, 1902.) Der Patentanmelder kann in Zukunft aber nur mit einem gelinden Grauen an das Schicksal seiner Patentanmeldung denken, wenn er sich vorstellt, was die an solche eigenartige Speziallogik gewöhnten Schweizer Patentbeamten unter Berücksichtigung der sachlich äußerst schwierigen Materie des neuen Gesetzes, unter Berücksichtigung der zahllosen unbestimmten, oft „kautschukähnlichen“ Begriffe und Bestimmungen aus einer Anmeldung wohl machen werden. Es bleibt dem Anmelder weiter nichts übrig, als seine Anmeldung mit den besten Wünschen der Schweizer Behörde zu übergeben, genau so, wie er es heute in Rußland machen muß, und dann das zu akzeptieren, was die Schweizer Patentbehörde in der Anmeldung des Erfinders zu sehen beliebt oder, wiederum genau so wie dies heute in Rußland der Fall ist, ganz auf einen Rechtsschutz zu verzichten.

Durch diesen neuen Gesetzentwurf glaubt die Schweiz vielleicht, den immer wiederholten Anforderungen des Auslandes und eines großen Teiles ihrer eigenen Bürger, endlich einmal der moralischen Pflicht, einen genügenden Patentschutz auch für chemische Erfindungen einzurichten, nachgekommen zu sein. Sie glaubt vielleicht auch, die Bedingungen des deutschen Handelsvertrages erfüllt zu haben, nach dem Teerfarbstoffe und ähnliche Stoffe oder das Verfahren ihrer Herstellung bei Neuheit der Erfindung patentierbar sein sollen. Die Schweiz irrt hierin, denn auch nach Inkrafttreten dieses Entwurfes würden die ungezählten Vorwürfe wegen illoyalen Vorgehens in der Schweiz nicht aufhören, man würde nach wie vor von einer „Fremdenindustrie“ in dem Sinne sprechen, daß die Schweizer Industrie die kostspieligen und unter Aufwand großer Mühe erzielten Resultate der ausländischen Industrie, insbesondere der deutschen chemischen Industrie, sich ohne jede Gegenleistung aneignet. Man würde ferner wie jetzt von der „Arbeitsteilung“ sprechen, die die Schweizer lieben, indem sie dem Auslande, insbesondere Deutschland, es überlassen, einen großen Stab wissenschaftlich gebildeter Beamten zu bezahlen und gut eingerichtete Versuchslaboratorien zu unterhalten, und ihrerseits dann auf die Fabrikation nach den unter vielen Mühen und Kosten in Deutschland ausgearbeiteten Verfahren bedacht zu sein und dabei stets, wo es nur möglich ist, dem deutschen Industriellen, der auf seine Kosten und Gefahr die neuen Verfahren auch ausarbeiten läßt, nun an dritter Stelle, wo es keinen oder keinen genügenden Patentschutz gibt, durch Unterbietung die möglichste Konkurrenz zu machen.

Der deutsche Interessent muß aber sein möglichstes tun, die maßgebenden Stellen, insbesondere auch die deutsche Regierung, auf die Sachlage aufmerksam zu machen und alles zu versuchen, den Entwurf zum neuen Schweizer Patentgesetz, so wie er jetzt ist, zu Fall zu bringen. Keinesfalls ist durch diesen neuen Gesetzentwurf die Bedingung des deutschen Handelsvertrages erfüllt, denn es ist glattweg jeder Patentschutz für einen beispielsweise auf der Faser hergestellten Farbstoff ausdrücklich ausgeschlossen, und die deutsche Regierung hat also

mindestens dafür zu sorgen, daß vertragsgemäß die entsprechenden Zölle für in Betracht kommende Waren schweizerischer Herkunft erhoben werden, sofern der Entwurf nicht rechtzeitig eine gründliche Abänderung erfährt.

Literatur:

Der Entwurf des neuen schweizerischen Patentgesetzes. Dr. J. Ephraim. — Zeitschr. f. Industrierecht. 1. Jahrg., Nr. 16.

Der Entwurf des neuen schweizerischen Patentgesetzes. Dr. E. Kloeppel. — Diese Z. 19, Heft 33.

Le Projet de Loi Suisse sur les brevets d'invention. Propr. Industr. No. 8, Aout. 1906.

A propos de la révision de la loi suisse sur les brevets, ebenda.

Der Entwurf eines neuen schweizerischen Patentgesetzes. Dr. W. Karsten. — Chem.-Ztg. 1906, Nr. 82.

Der Entwurf eines Schweizer Patentgesetzes und die chemische Industrie. Dr. J. Ephraim. Chem. Zeitschr. 1906, Nr. 19.

Auf Grund des vorstehenden Berichtes beschloß der **Märkische Bezirksverein** folgende Resolution:

„In dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrage hat sich das Deutsche Reich vorbehalten, auf Teerfarbstoffe bei der Herkunft aus der Schweiz einen Zoll zu erheben, falls die Schweiz nicht bis zum 31./12. 1907 ihre Patentgesetzgebung in der Weise ändert, daß Artikel solcher oder ähnlicher Art oder das Verfahren zur ihrer Herstellung bei Neuheit der Erfindung patentierbar sind.

Unter einem Schutze, welcher als Erfüllung der in dem Handelsvertrage der Schweiz auferlegten Verpflichtung anzusehen ist, kann zunächst nur ein solcher Schutz verstanden werden, welcher alle diejenigen Erfindungen umfaßt, über deren Schutzlosigkeit in der Schweiz die deutsche Industrie bekanntlich seit langer Zeit Klage geführt hat, d. h. Teerfarbstoffe aller Art, chemische Produkte zu ihrer Herstellung, synthetische Riechstoffe und synthetische Heilmittel u. dgl., Färbverfahren usw. Sodann müßte der Schutz derartig gesetzlich geregelt sein, daß er in der Tat auch die Möglichkeit gibt, Erfindungen auf chemischem Gebiete in einem, den berechtigten Forderungen der deutschen Industrie Rechnung tragenden Sinne und Umfange wirksam zu schützen.

Der vorliegende Entwurf des schweizerischen Patentgesetzes enthält nun lediglich eine scheinbare, gewissermaßen formelle Erfüllung dieser Verpflichtung, während in der Sache selbst die Forderungen der chemischen Industrie nicht erfüllt werden; er ist im wesentlichen ein Interessenentwurf, der — wie es die den Entwurf begleitende Botschaft erkennen läßt — sich ohne weiteres den Sonderwünschen der schweizerischen chemischen Industrie in vollem Umfange angeschlossen hat.

In Anbetracht dessen, daß der Entwurf

1. gemäß Artikel 1, Nos. 2—4 wichtige Arbeitsgebiete nach wie vor von der Patentierung aus-

- schließt oder über die Umgrenzung dieser Gebiete eine derartige Unklarheit schafft, daß infolgedessen angesichts der Bestimmungen des Artikels 20 die deutschen Erfinder benachteiligt werden müssen,
2. die Beschränkung der Patente auf einen einzelnen chemischen Stoff unter Anwendung ganz bestimmter Ausgangsmaterialien (Artikel 4), die Forderung der vollständigen Kennzeichnung desselben (Artikel 19), sowie die, den allgemein geltenden Auffassungen über die Äquivalenz widersprechende Erteilung von besonderen Patenten für die Verwendung von Äquivalenten den Patentschutz illusorisch und praktisch wertlos machen,
3. gemäß Artikel 20 die Entscheidung über wichtige und schwierige chemische sowie patentrechtliche Fragen derartig in die Willkür der Anmeldebehörde (welche, der Bundesratsbotschaft zufolge, sich überdies mit materiellen Fragen überhaupt nicht befassen sollte) stellt, daß deutschen Erfindern die Erlangung von Patenten außerordentlich erschwert wird,
- kann in dem vorliegenden Entwurf des Schweizer Patentgesetzes keine Erfüllung der in dem Handelsvertrag gestellten, eingangs erwähnten Forderung des Deutschen Reiches gesehen werden.“

Fortschritte auf dem Gebiete der Terpene und ätherischen Öle.

Von Dr. F. ROCHUSSEN.

(Eingeg. den 16./7. 1906.)

Wie die meisten industriellen Gebiete, so bot auch die chemische Industrie im verflossenen Jahr ein erfreuliches Bild reger Tätigkeit. Den Geschäftsberichten der leitenden Firmen ist zu entnehmen, daß der Warenverkehr eine wesentliche Erhöhung erfahren hat; inwieweit zwar die gesteigerten Umsätze auf Rechnung der Tarifänderung vom 1./3. 1906 zu setzen sind, wie groß der Anteil der normalen Umsatzsteigerung daran ist, wird sich mit Sicherheit erst aus den Ergebnissen des laufenden Jahres ersehen lassen, vorausgesetzt, daß die günstige Konjunktur anhält. Die statistische Zusammenstellung auf S. 1927 veranschaulicht den Handelsverkehr Deutschlands insbesondere in den Produkten der Spezialindustrie, über deren wissenschaftliche und technische Fortschritte im Folgenden Bericht erstattet werden soll.

Über die Veränderungen, die die neuen Verträge für die Artikel der Riechstofftechnik bringen, ist im vorjährigen Bericht Mitteilung gemacht worden¹⁾; nachzutragen ist, daß die zollfreie Destillation der Gewürzsämereien, deren wertvolle Rückstände bisher vernichtet werden mußten, nach neueren Berichten insofern eine Erleichterung erfahren soll, als nach gehöriger Denaturierung die Rückstände frei gegeben werden sollen. Durch diese Maßnahme wird der heimischen Ölindustrie der Wettbewerb mit der ausländischen, ohne jene Erschwerung arbei-

tenden Konkurrenz nicht unwesentlich erleichtert. In der Position „Gewürzsämereien“ des neuen deutschen Tarifs ist eigentümlicherweise der Artikel Ajowansamen aufgenommen worden, obwohl das daraus gewonnene Thymol alles andere, nur kein Würzstoff ist; andererseits hat man ein wirkliches Gewürz, Dillsamen, frei gelassen.

Von den zollpolitischen Maßnahmen des Auslands sei folgendes mitgeteilt:

Norwegen²⁾ sieht in seinem neuen Tarif nachstehende Minimal- bzw. Maximalsätze vor:

Kronen pro 100 kg

Ätherische Öle	150 K (min.)	200 K (max.)
Harzöle (Bernstein-, Terpentinöl)	7 „ „	10 „ „
Wohlr. Wässer	80 „ „	100 „ „
Essenzen u. Äther . . .	345 „ „	380 „ „
Parfümwässer (alko- holhaltige ? Ref.) . . .	325 „ „	365 „ „
Kampfer u. Moschus frei		frei

Die Maximalsätze sollen dann in Kraft treten, wenn zwischen beiden Ländern keine Verträge bestehen, oder alte Verträge ohne Erneuerung abgelaufen sind, oder wenn ein Land norwegische Erzeugnisse ungünstiger tarifiert als andere.

Rumänien erhebt statt 10 bzw. 2,50 Lei nunmehr 20 Lei pro kg für künstliche Riechstoffe.

Rußland³⁾ hat im Verkehr mit den meistbegünstigten Ländern seine Zollsätze wie folgt ermäßigt:

Sätze in Rubel pro Pud	vertragsm.	allg. Tarif
Feste Riechstoffe, Vanillin, Cumarin, Heliotropin . . .	16,80	26,40
Parfümerien, Pomaden in Gefäßen unter 10 Pfund . .	36,75	52,50
Wohlr. alkoholische Wässer	20,40	52,50
Pomaden in Gefäßen über 10 Pfund	15,00	52,50
Flüchtige Öle ohne Alkohol	16,80	26,40
Kosmetische Seife	10,80	11,88
Aromatische Wässer, alko- holfrei, außer Pomeranzen- blütenwasser	6,—	7,95
Pomeranzenblütenwasser . .	4,—	7,95

Ceylon⁴⁾ erhebt für Parfümerien statt bisher 7 Rupien pro Gallone 5 1/2% vom Wert.

Japan⁵⁾ erhöht den Einfuhrzoll auf Kampfer und Borneol von 10 auf 20% des Werts.

Indien soll nach Berichten der Tageszeitungen der Zoll auf Spirituosen und Parfümerien von 6 und 8 Rupien auf 10 und 11 Rupien pro Gallone erhöht werden.

Derselben Quelle entnehme ich, daß der kanadische Finanzminister erklärt haben soll, daß der zwischen Kanada und Deutschland herrschende Zollkrieg nach Fertigstellung des kanadischen Minimal- und Maximaltarifs beendet werden wird.

Eine originelle Praxis befolgt die amerikanische⁶⁾ oberste Zollbehörde bei der Tarifierung des künstlichen Moschus. Der Importeur beantragte Tari-

²⁾ Diese Z. 18, 1195 (1905).

³⁾ Chem. Industr. 29, 45 (1906).

⁴⁾ Chem. Zeitschr. 5, 187 (1906).

⁵⁾ Chem.-Ztg. 30, 354, 519 (1906).

⁶⁾ Diese Z. 18, 1830 (1905).

¹⁾ Diese Z. 18, 1129 (1905); auch 18, 852, 1121, 1345 (1905).